

## „Viel zu viele in diesem Land haben es nicht bemerkt“

Sozialgesetze und sinkende Einnahmen: Viele Kommunen und Gemeinden geraten finanziell in Bedrängnis. Ein Landrat berichtet

Die Kosten vieler Landkreise und Kommunen explodieren – und nicht nur klamme Regionen in Ostdeutschland schlagen Alarm. Christoph Göbel (CSU), 49, ist als Landrat verantwortlich für das Umland rund um die bayerische Landeshauptstadt. Sein Landkreis München finanziert sich über Gebühren, erhält Anteile an der Grunderwerbsteuer und vor allem Abgaben der Städte und Gemeinden, die sogenannte Kreisumlage. Deren Höhe wird anhand der kommunalen Einnahmen von zwei Jahren zuvor errechnet.

VON PHILIPP WOLDIN

**WELT:** Herr Göbel, im Haushaltsentwurf Ihres Landkreises für 2025 klappt ein 90-Millionen-Euro-Loch.

**Wir reden über den wohlhabenden Münchener Speckgürtel – wie kann das sein?**

**Christoph Göbel:** Der Landkreis München ist tatsächlich die wirtschaftsstarke Gebietskörperschaft Deutschlands, ProSiebenSat.1 hat seinen Hauptsitz in Unterföhring, auch die Allianz ist dort stark vertreten. Auf 11.000 Einwohner kommen 24.000 sozialversicherungspflichtige Jobs. Deshalb spüren wir konjunkturelle Schwankungen besonders früh und intensiv, besonders wenn die Unternehmen leiden. Die Gewerbesteuer und damit unsere Steuereinnahmen fallen deutlich niedriger aus als in früheren Jahren. An unserem Landkreis zeigt sich: Die Verwerfungen der deutschen Wirtschaftspolitik schlagen stark ins Kommunale durch.

**WELT:** Sie machen die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition in Berlin mitverantwortlich für die finanziellen Einbußen. Können Sie das erklären?

**Göbel:** Das größte Problem ist aus meiner Sicht ein psychologisches. Es fehlt an Vertrauen in die politischen Maßnahmen der Ampel, es fehlt an einem konkreten Ziel, an dem sich die Unternehmen ausrichten können. Die Energiepolitik war und ist ein sehr großes Damo-

ge in Tübingen: Aufwendungen für Asylbewerber trägt in Bayern vor allem der Freistaat, Maßnahmen zur Integration die Kommunen. Aber grundsätzlich gilt: Das bürokratische Netz wird immer dichter, die Ansprüche immer höher. Diese Entwicklung ist das fatale an konjunkturellen Dellen wie aktuell: Wir haben fehlende Einnahmen und gleichzeitig explodierende Sozialkosten, etwa in der Sozialhilfe und in der Jugendhilfe.

**WELT:** Können Sie das an einem konkreten Beispiel festmachen?

**Göbel:** Die Zahl der Kinder, die heute einen Schulbegleiter und Unterstützung in der Klasse brauchen, ist massiv gestiegen. Früher schlug dieser Posten mit einigen hunderttausend Euro im Haushalt zu Buche, innerhalb weniger Jahre stehen wir nun bei über acht Millionen Euro Ausgaben. Etwa zwei Drittel unseres Haushaltsvolumens entfallen auf den Bereich der sozialen Sicherheit, und ich kann dort gar nicht streichen. Das sind feste, einklagbare Ansprüche, der Bund macht die Gesetze – und die Kommunen müssen diese oft finanzieren. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte darüber, welche Sozialstandards wir uns noch leisten können.

**WELT:** Sie sprechen von hohen sozialen Standards, die nicht anstrebbar sind. Aber wie wollen Sie dann Ihr Haushaltsloch stopfen?

**Göbel:** Ich kann schmerzhaft Einschnitte nicht ausschließen. Anders als die Sozialleistungen ist etwa der öffentliche Nahverkehr eine freiwillige Aufgabe, hier kann ich den Rotstift ansetzen. Das würde bedeuten, dass unsere zentrale U-Bahn-Linie im Berufsverkehr nicht mehr alle zehn Minuten kommt, sondern nur noch alle 20. Kommunen in anderen Regionen werden darüber nachdenken, das Theater oder das örtliche Schwimmbad zu schließen. Wir werden als Landkreis sicher auch die Kreisumlage erhöhen müssen, also die Abgaben der Städte und Gemeinden an uns. Das wird wiederum große Auswirkungen auf die kommunale Leistungsfähigkeit haben. So eine Herausforderung ist mir als Landrat noch nie begegnet.



Landrat Christoph Göbel (CSU)

klenschwert für die deutsche Wirtschaft, die Bürokratie bleibt ebenfalls extrem hoch, weil die Vorschriften nicht entschlackt werden. Noch haben wir in unserem Landkreis so gut wie Vollbeschäftigung, aber auch bei uns stieg die Arbeitslosigkeit zuletzt um einen Prozentpunkt. Andere Kommunen leider sicher viel stärker.

**WELT:** Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (parteilos) etwa sagte vergangene Woche bei „Markus Lanz“, es gebe in vielen kommunalen Haushalten eine Kostenexplosion – unter anderem durch „ausufernde Sozialgesetze“ und die „Aufwendungen für Flüchtlinge“. Gehen Sie da mit?

**Göbel:** Das kann ich nur bestätigen. Einen Unterschied gibt es zur La-

**WELT:** Am kommenden Donnerstag will die Ministerpräsidentenkonferenz auch über die Sorgen und Nöte der Kommunen diskutieren. Was würden Sie der Runde gerne mit auf den Weg geben?

**Göbel:** Ich glaube, wir müssen uns als Gesellschaft gemeinsam überlegen, wo wir Prioritäten setzen wollen. Die Standards und Vorschriften müssen runter, das ist klar. Und dann muss uns als Bürger noch bewusster werden: Wir stecken in einer Wirtschaftskrise. Viel zu viele in diesem Land haben nicht bemerkt, was die Stunde geschlagen hat. Wir reden die ganze Zeit über noch ein bisschen weniger Arbeit für noch ein bisschen mehr Lohn, und zwar in allen möglichen Sparten. Wir müssen wieder anpacken – von selbst kommt es nicht.



Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD)

## Kritik an Lauterbachs Plan für Vergleichsportal

Die Kosten für die Gesundheitsversorgung in Deutschland steigen auf Rekordniveau. Daher wird nach Wegen gesucht, Geld einzusparen – die hohe Zahl der gesetzlichen Krankenkassen rückt in den Fokus. Der Gesundheitsminister stellt eine Verringerung in Aussicht

Im kommenden Jahr werden die Deutschen voraussichtlich so viel für ihre Gesundheit bezahlen wie noch nie. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag für Kassenpatienten soll um 0,8 Prozentpunkte steigen, insgesamt entfallen dann 17,1 Prozent des Bruttolohns auf die gesetzliche Krankenversicherung – jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu tragen.

VON KAJA KLAPSA

Intensiv wird deshalb diskutiert, wie sich die hohen Kosten im System künftig am besten verringern ließen. Ein Vorschlag, der dabei seit Jahren immer wieder erhoben und jetzt wieder aktuell wird: die Zahl der aktuell 95 Krankenkassen in Deutschland zu senken. „Eine Reduzierung der Krankenkassen würde dafür sorgen, dass das Geld der Versicherten, das jetzt für teure Strukturen ausgegeben werden muss, tatsächlich in die Gesundheitsversorgung fließt“, sagt etwa Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes Deutschland. Ralf

Hermes, Vorstandschef der IKK Innovationskasse Lübeck, erklärt gegenüber WELT: „Für eine qualitativ hochwertige, serviceorientierte Betreuung der Bevölkerung sollten circa 25 Krankenkassen zielführend sein.“ Die dazu notwendigen Fusionen würden mit den Jahren zu einem Konsolidierungskurs führen, der Verwaltungskosten freisetze und Bürokratie abbaue.

Nun hat sich auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) deutlich zu dem Thema positioniert. „Es ist ganz klar: Wir können uns ein paar Dutzend Krankenkassen weniger gut vorstellen“, sagte Lauterbach in einem Interview mit „Bild am Sonntag“. Und er erklärt auch, wie dies erreicht werden könnte: So plane er ein Online-Portal, in dem Versicherte die Qualität der Krankenkassen vergleichen könnten – und nicht wie bisher vor allem den Beitragsatz. „Wir machen jetzt per Gesetz zum ersten Mal eine Vergleichbarkeit. Dann wird die Zahl der Krankenkassen sinken.“

Das Portal soll Teil des sogenannten Gesundheitsversorgungsstärkungsge-

setzes werden, das Ende Juni erstmals im Bundestag beraten wurde. Es sieht vor, dass die Kassen unter anderem veröffentlichten, wie oft sie Anträge von Versicherten auf bestimmte Leistungen genehmigt und abgelehnt haben, wie lang die Bearbeitungszeit ist und wie hoch die Zahl der Widersprüche und Klagen. In der Ampel sieht man bei dem Gesetz jedoch eine andere Zielsetzung, als sie Lauterbach im Interview suggeriert. „Eine Reduktion der Anzahl der Krankenkassen ist nicht das Ziel dieses Gesetzes, sondern eine Stärkung der Versicherten durch einen Qualitätswettbewerb zwischen den Kassen“, sagt Maria Klein-Schmeink, stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion. Versicherte sollten erkennen können, welche Kasse sich für sie ins Zeug lege und schnell und kompetent ihre Anliegen erledige.

Auch Andrew Ullmann, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, bezeichnet die Debatte über die Zahl der Krankenkassen als „nicht zielführend“. Entscheidend seien

die Verwaltungskosten pro Versicherten, bei denen kleinere Kassen oft besser abschneiden als große. „Das widerlegt die These, dass weniger Kassen nötig sind.“ Ein Vergleichsportale könne sinnvoll sein, wenn es die Qualität und Effizienz der Kassen objektiv bewerte. Generelle Kritik kommt aus der Opposition. „In erster Linie wird Minister Lauterbach ein Debakel wie beim Klinik-Atlas vermeiden müssen, der durch Falschinformationen zum Totalausfall wurde“, sagt Tino Sorge, gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion. „Es wächst die Gefahr einer ‚Portalschwemme‘ – mit immer neuen Bürokratie- und Meldepflichten für Plattformen, die am Schluss aber kaum jemand nutzt.“

Kathrin Vogler, gesundheitspolitische Sprecherin der Linken-Gruppe im Bundestag, erklärt, es sei unter anderem unklar, ob eher die großen oder eher die kleinen Kassen oben im Ranking landeten. „Sind es die kleinen, dann wird es keine weitere Konzentration geben, sondern die Versicherten werden sich weiter aufsplitten.“ In der Krankenkassenlandschaft wird Lauterbachs Plan unterschiedlich aufgenommen. „Zahlreiche Medien veröffentlichen regelmäßig Leistungsvergleiche von gesetzlichen Krankenkassen, sodass es in diesem Bereich wohl kaum einen Mangel an Transparenz gibt“, sagt ein Sprecher des GKV-Spitzenverbandes, der die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen vertritt.

Andreas Storm, Vorstandsvorsitzender der DAK-Gesundheit, begrüßt die geplante Einführung des Registers. Bis dieses an den Start gehe, werde es aber voraussichtlich noch anderthalb Jahre dauern. „In diesem Zeitraum droht angesichts des aktuell ruinösen Preiswettbewerbs eine Situation, in der einzelne kleine Krankenkassen zahlungsunfähig werden könnten, obwohl sie ihren Versicherten eine hohe Qualität bei Leistung und Service anbieten“, sagt Storm. Um diese „absurde Entwicklung“ zu verhindern, sollte Minister Lauterbach für 2025 den allgemeinen Beitragssatz um 0,8 Prozentpunkte auf 15,4 Prozent erhöhen und so die Krankenkassen im Vorfeld des Qualitätswettbewerbs finanziell stabilisieren.

Jens Baas, Vorstandsvorsitzender der Techniker Krankenkasse, stellt sich ebenfalls hinter Lauterbachs Plan: „Erst eine höhere Verbindlichkeit und feste Vorgaben führen zu besserer Vergleichbarkeit aller Wettbewerber. Das hilft Versicherten, gute Entscheidungen für ihre Gesundheit zu treffen.“ Doch wie viele Krankenkassen wären insgesamt nötig, um genug Wettbewerb zu ermöglichen? „Grundsätzlich sollte es in jedem Bundesland mindestens zehn Krankenkassen geben, damit die Versicherten noch eine ausreichende Auswahl haben“, sagt Jürgen Wasem, renommierter Gesundheitsökonom an der Universität Duisburg-Essen. Teilweise wären dies über Landesgrenzen hinweg die gleichen Krankenkassen, teilweise nur regionale.

Das Einsparpotenzial sei jedoch überschaubar. „Entscheiden sich Krankenkassen zu fusionieren, gibt es nur wenige Doppelstrukturen, die entfallen: etwa die Rechtsabteilung oder teilweise der Vertrieb.“ Die meisten Bereiche, die sich um die Betreuung der Versicherten kümmern, blieben im gleichen Umfang bestehen, so Wasem. Das maximale Einsparpotenzial bei den aktuellen Verwaltungskosten liege daher bei zehn Prozent. „Diese zehn Prozent Einsparpotenzial hätten im Jahr 2023 circa 1,9 Milliarden Euro ausgemacht, also knapp 0,1 Beitragsatzpunkte“, sagt Wasem. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Kassen von 300 Milliarden halte er den Effekt dieser Einsparung für „begrenzt“.

## Zentralrat der Juden empört über Demonstranten

Die Glorifizierung eines getöteten Hamas-Anführers zeige, „welches Geistes Kind die Menschen sind“

Bei einer propalästinensischen Demonstration mit dem Titel „Stoppt den Genozid in Gaza“ am Samstag in Berlin-Charlottenburg haben Teilnehmer ein Bild des getöteten Hamas-Führers Yahya Sinwar gezeigt. Auf dem Bild war der Chef der Terrororganisation in jungen Jahren zu sehen. Darauf angesprochen, sagte Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden im Interview mit WELT TV, das zeige, „welches Geistes Kind die Menschen sind, die hier auf die Straße gehen“. Das Bild eines Terrorführers hochzuhalten, „der für das Massaker vom 7. Oktober 2023 die Verantwortung trägt, bei dem 1200 Menschen ums Leben kamen“, sei für Schuster unverständlich.

Weiter führte der Zentralratspräsident gegenüber WELT TV aus, dass

die Erfahrungen „aus den letzten Monaten zeigen, dass es bei diesen Demonstrationen eben nicht um friedliche Demonstrationen geht, bei denen man seine Meinung kundtun kann“.

Die Demonstration am Samstag in Berlin würde erneut zeigen, dass es bereits im Vorfeld absehbar sei, „dass es zu strafbaren Handlungen kommt“. In dem Interview forderte er deshalb, „dass eine solche angemeldete Demonstration nicht genehmigt werden kann“. Er habe aber auch die Hoffnung, „dass das inzwischen auch von den Verwaltungsgerichten so gesehen wird. Denn da haben wir ja leider häufig gesehen, dass man da der Meinung war, dass die meisten Demonstrationen genehmigt werden müssen, obwohl es dann im Nachhinein ja doch zu ge-

waltsamen Exzessen mit strafbaren Handlungen gekommen ist“.

An dem Demonstrationstag in Charlottenburg hatten Polizei in der Spitze rund 1000 Menschen teilgenommen. Unter anderem seien strafrechtlich relevante Parolen gerufen und ein Dolmetscher beleidigt und angegriffen worden. Zudem berichtete die Polizei davon, dass Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen verwendet worden seien. Zwei deutlich kleinere Gegenkundgebungen wurden mit Steinen und Flaschen beworfen, wie es hieß. Außerdem bewarfen Teilnehmer der Demonstration demnach Polizisten mit entzündeten Nebelköpfen und Eiern. Ein dpa-Fotograf berichtete, dass unter anderem die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ zu hören war. Sie bezieht sich

auf das Gebiet zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer – die islamistische Hamas versteht darunter, dass der Staat Israel zerstört werden soll. Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums ist die Parole in Deutschland verboten, wenn sie als Kennzeichen der Hamas verwendet wird. Insgesamt nahm die Polizei bei der Demonstration 57 Personen vorläufig fest. Zudem wurden 25 Straf- und 34 Ordnungswidrigkeitsanzeigen gestellt, wie die Polizei mitteilte. Einem Minderjährigen sei wegen seines Alters sowie wegen strafrechtlicher Erkenntnisse der weitere Einsatz verboten und er selbst schließlich „in seiner Freiheit beschränkt“ worden. Von Amts wegen sei zudem eine Strafanzeige eingeleitet worden, weil ein Polizist beschuldigt worden sei, eine Demo-Teilnehmerin beleidigt zu haben. gub/dpa